

Vortrag an den Ministerrat

betreffend Deutschsprachiges Finanzministertreffen am 26./27. August 2019 in Luxemburg

Am 26./27. August fand in Luxemburg ein Treffen der fünf deutschsprachigen Finanzminister statt.

Internationale Steuerfragen

Unter dem ersten Tagesordnungspunkt gab es einen Austausch über die aktuellen Pläne, die zurzeit auf G20 und OECD Ebene in Bezug auf die Betriebsbesteuerung diskutiert werden sowie deren Auswirkung auf die fünf vertretenen Länder.

Man war sich einig, dass es längst nicht mehr nur um die Besteuerung digitaler Firmen geht, sondern um ein komplett neues System der Besteuerung für Betriebe.

Anfang 2020 wird die OECD die neuen Eckpunkte präsentieren. Der Fokus liegt auf einer einfachen, praktikablen und globalen Lösung.

Ich habe diesbezüglich das österreichische Engagement für eine europaweite Digitalsteuer-Lösung während unserer EU-Ratspräsidentschaft hervorgehoben und habe berichtet, dass eine nationale Umsetzung des Digitalsteuer-Pakets geplant ist.

Steuerliche und soziale Herausforderungen in Bezug auf Grenzgänger

Der zweite Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit den steuerlichen und sozialen Herausforderungen in Bezug auf Grenzgänger. Alle fünf vertretenen Länder haben Grenzgänger in den jeweils anderen Ländern. Die angewendeten Regeln sind jedoch je Land unterschiedlich. Problematisch sind vor allem die Regelungen im Bereich Home-Office und der Umgang mit arbeitslosen Grenzgängern. Hier braucht es in Zukunft eine verstärkte Zusammenarbeit der fünf Länder.

Herausforderungen der Digitalisierung für Banken, Versicherungen, Finanzdienstleister, Angestellte und Aufsichtsbehörden

Der dritte Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit neuen Problemfeldern für Banken, Versicherungen, Finanzdienstleister, Angestellte und Aufsichtsbehörden durch die Digitalisierung. Die Hauptpunkte waren hier die Herausforderungen in Bezug auf digitale Währungen (insbesondere Libra) und das Finden eines Gleichgewichts zwischen Innovation und Regulierung.

Die Sorge um den Verlust der Finanzmarktstabilität wurde von einigen Staaten zum Ausdruck gebracht. Man war sich jedoch einig, dass die Gesetzgebung den neuen technologischen Gegebenheiten angepasst und das derzeitige Zahlungssystem verbessert werden müsse.

Ich stelle den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

13. September 2019

Bundesminister
Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA